



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

18. August 2009

IG BOHR: Studie der IHK Stuttgart bestätigt Position der Bürgerinitiativen

FREIBURG/STUTTGART. Die Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) sieht sich in ihrer Einschätzung zur Finanzierung des Ausbaus der Rheintalstrecke durch eine neue Studie der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart bestätigt: „Die Studie widerlegt die bisherige Position der Landesregierung, dass der Ausbau der Rheintalbahn eine reine Bundesangelegenheit ist“, unterstreicht IG BOHR-Sprecher Roland Diehl die zentralen Ergebnisse der Studie.

Die Unternehmensberatung K+P Transport Consultants, Freiburg, hatte die Studie im Auftrag der IHK Stuttgart erstellt. Darin warnen die Autoren vor einem drohenden Kollaps im Schienengüterverkehr. Wichtige überregionale Zufahrtswege in die Region Stuttgart seien schon heute überlastet. IHK-Präsident Herbert Müller weist auf die fatalen Folgen hin, sollte der Zuwachs beim Güterverkehrsaufkommen eintreffen, den die Studie prognostiziert: „Eine Region, die weder über Straßen noch Schienen verlässlich erreichbar ist, kann kein attraktiver Investitionsstandort sein.“ Ohne den Ausbau des Schienennetzes an den neuralgischen Punkten müssten zudem jährlich Tausende Tonnen Güter von der Schiene auf die Straße verlagert werden. Die Stauproblematik im Straßennetz der Region Stuttgart würde sich zusätzlich verschärfen.

„Es ist ein Irrtum anzunehmen, mit dem Durchbruch bei Stuttgart 21 und der Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Ulm sei alles in Butter“, so der IHK-Präsident. Genauso wie Stuttgart 21 und die Strecke nach Ulm ein Projekt für das gesamte Land sei, könne es beim Schienengüterverkehr nur einen landesweiten Ansatz geben, der in die Planungen der Deutschen Bahn und des Bundes eingebettet sein müsse.

Die IG BOHR sieht sich durch die Studienergebnisse in ihrer Einschätzung bestätigt, dass nicht nur Stuttgart 21, sondern auch der zügige Ausbau der Rheintalbahn im größten Landesinteresse liege. „Der Ausbau kann aber nur dann zügig erfolgen, wenn er die Akzeptanz der Bevölkerung am südlichen Oberrhein hat. Das ist aber nicht der Fall, denn die bisher vorgelegte Ausbauplanung der Deutschen Bahn ist völlig indiskutabel“, betont Roland Diehl. Die inzwischen acht Bürgerinitiativen der IG fordern deshalb angesichts des enormen Güterzugaufkommens eine menschenverträgliche Ausbauqualität und haben dafür zusammen mit den betroffenen Kommunen das Konzept BADEN 21 entwickelt. „Mit BADEN 21 kann es gelingen, das Gewinnstreben der Wirtschaft mit den elementarsten Lebensinteressen der Bevölkerung in der Region am Oberrhein in Einklang zu bringen“, ist Roland Diehl überzeugt. Finanzielles Engagement des Landes könne daher den Ausbau im eigenen Interesse enorm beschleunigen.

Stuttgart 21 dürfe den Blick dafür nicht verstellen, dass der Ausbau des Schienenverkehrsnetzes auch in anderen Teilen Baden-Württembergs nicht verzögert wird. Die IG BOHR ist der gleichen Meinung wie Müller, der davor warnt, infolge der Wirtschaftskrise Investitionen zurückzustellen: „Die Unternehmen sind auf zuverlässige Transporte innerhalb ihrer Logistiklinien angewiesen, gerade in einer der industrie- und exportstärksten Regionen Europas.“ Diehl ergänzt: „BADEN 21 wäre ein nachhaltiges Investitionsprogramm für die Wirtschaft in Baden-Württemberg“.

Dass die Oberrheinstrecke laut IHK-Studie als stark befahrener Engpass schon heute einen besonderen Brennpunkt darstellt, ist für die IG BOHR eine unbestrittene Tatsache. Wird dieser nicht wie geplant beseitigt, könnten täglich knapp 80 Güterzüge mit Ausgangs- oder Bestimmungsort in der Region Stuttgart nicht zuverlässig disponiert werden. Würden die betroffenen Güter auf die Straße zurückverlagert, entspräche dies etwa 2.800 Lkw täglich, die im Jahr 2025 zusätzlich auf den Straßen des Landes fahren würden - jeden Tag. Sollte am Oberrhein keine Verbesserung der Situation eintreten, würden darüber hinaus den Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Netzbetreiber überschlägig rund 340 Millionen Euro jährlich an Umsätzen entgehen.

„Dass es hier um sehr viel Geld geht, war uns schon immer klar“ so IG BOHR-Sprecher Diehl. „Jetzt liegt eine Zahl auf dem Tisch, die andeutet, dass mit jedem Jahr, um das der Ausbau der Rheintalbahn verzögert wird, insbesondere der Deutschen Bahn AG enorme Summen durch die Lappen gehen. Da ist es

nicht zu viel verlangt, wenn sie sich am menschenverträglichen Ausbau der Rheintalbahn angemessen beteiligt, wenn sie das viele Geld auch bald vereinnahmen will. Andernfalls steht sie mit leeren Händen da, denn es ist schlicht nicht vorstellbar, dass eine inakzeptable Planung gegen den erklärten Willen der Menschen einer ganzen Region durchgesetzt werden kann. Mit Blick auf das Land rechtfertigen schon allein die Steuerrückflüsse an die Landeskasse eine substantielle Beteiligung des Landes an der Realisierung von BADEN 21“.

Für die IHK gilt als ausgemacht, dass die Wirtschaft bereits heute unter den Kapazitätsengpässen beim Gütertransport auf der Schiene leide. Für die Zukunft sei ein erhebliches Anwachsen des Güterverkehrs prognostiziert, das nur durch Kapazitätssteigerungen bei der Infrastruktur aufgefangen werden könne. Werde nicht rasch Abhilfe geschaffen, gerieten die schon heute bestehenden Engpässe zukünftig zu einem gravierenden Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Die IHK Region Stuttgart fordert deshalb die umgehende Beseitigung aller Schienenverkehrsengpässe im Land. Das fordert die IG BOHR auch, allerdings in einer menschenverträglichen, umweltgerechten und zukunftsfähigen Art und Weise, was im Interesse der davon betroffenen Menschen eine nicht in Frage zu stellende Selbstverständlichkeit sei.

Hinweis für die Redaktionen:

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Dr. Roland Diehl
Vorsitzender des Sprechergremiums der IG BOHR
Vorstand MUT e.V.
Telefon: 07633/1 43 62
Mobil: 0160-10 38 230
Fax: 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de